ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Fortschritte bei der Strukturanpassung im Osten - Konjunkturabschwächung im Westen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1991) : Bundesrepublik Deutschland: Fortschritte bei der Strukturanpassung im Osten - Konjunkturabschwächung im Westen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 26-41

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1508

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesrepublik Deutschland: Fortschritte bei der Strukturanpassung im Osten – Konjunkturabschwächung im Westen

Von **Alfred Boss, Malte Fischer, Enno Langfeldt, Eckhard Nitschke, Klaus-Werner Schatz** und **Peter Trapp**

In der zweiten Jahreshälfte von 1991 ist die wirtschaftliche Kluft zwischen den neuen und den alten Bundesländern nicht mehr größer geworden. In Ostdeutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im Gefolge der Wirtschafts- und Währungsunion tief eingebrochen war, im zweiten Halbjahr leicht gestiegen; wegen des starken Rückgangs zu Jahresbeginn wurde das Ergebnis des zweiten Halbjahrs 1990 gleichwohl deutlich unterschritten. Zu der Stabilisierung hat beigetragen, daß die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit dem Frühjahr in der Tendenz nicht mehr zurückgeht (Schaubild 1). Gleichzeitig war in der Bauwirtschaft und in Teilen des Dienstleistungssektors eine deutliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Auch auf dem Arbeitsmarkt scheint sich die Lage stabilisiert zu haben. Zwar hatte sich die Zahl der Arbeitslosen zur Jahresmitte deutlich auf reichlich 1 Million erhöht; danach nahm sie jedoch kaum noch zu und war zudem erheblich niedriger als von vielen befürchtet worden war. Die Zahl der Kurzarbeiter ist sogar von rund 2 Millionen im Frühsommer auf 1,1 Millionen im Herbst zurückgegangen. Die Arbeitsmarktentwicklung ist freilich vor allem auf den massiven Einsatz staatlicher Instrumente zurückzuführen, mit denen zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse gestützt werden. Das Preisniveau in den neuen Bundesländern ist im Jahr 1991 sehr kräftig gestiegen, vor allem weil die Subventionen für Energie, Verkehrsleistungen und Mieten deutlich reduziert wurden. Dagegen sind die industriellen Erzeugerpreise seit Beginn der Währungsunion stabil geblieben.

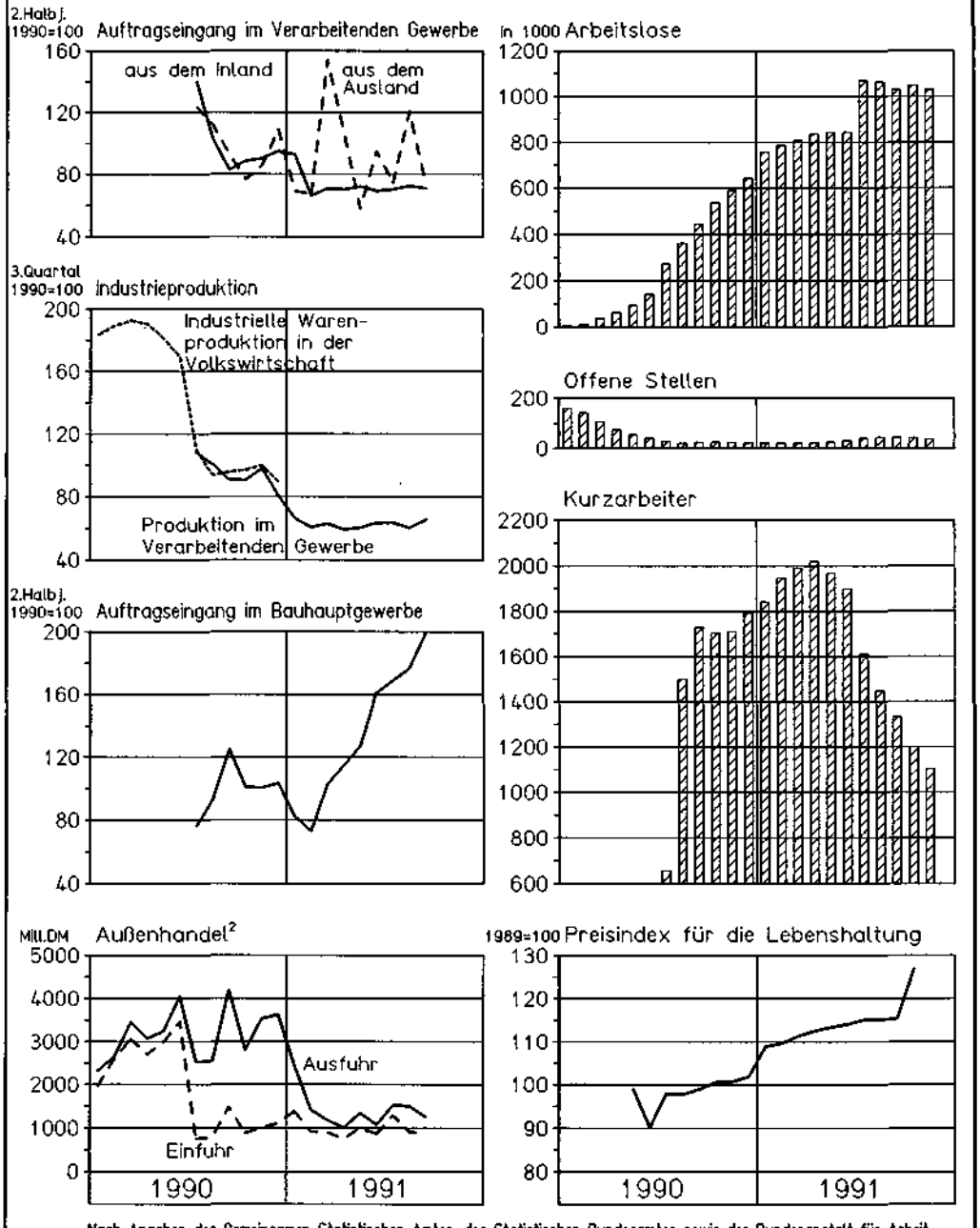
In Westdeutschland hat die konjunkturelle Expansion im Verlauf von 1991 merklich an Schwung verloren. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr noch mit einer laufenden Rate von rund 4 vH expandierte, ist sie im dritten Quartal sogar leicht zurückgegangen, und für das vierte Quartal ist kaum mit einer Zunahme zu rechnen. In der ersten Jahreshälfte hatte die rasch steigende Nachfrage aus den neuen Bundesländern die dämpfenden Effekte, die von der weltweiten Konjunkturschwäche und von den hohen Zinsen ausgingen, noch überdeckt. Der Nachfrageanstieg aus Ostdeutschland hat sich inzwischen spürbar abgeflacht. Dies ist nicht verwunderlich, basierte er doch vor allem auf der massiven Ausweitung von staatlichen Transfers und nicht auf interner Wachstumsdynamik. Zusätzlich hat die Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben zur Jahresmitte 1991 die Konsum- und Investitionsnachfrage in Westdeutschland gedämpft. Zwar hat sich die Auslandsnachfrage im Sommer 1991 mit der leichten konjunkturellen Erholung in wichtigen Handelspartnerländern etwas belebt (Schaubild 2). Gleichwohl ist die Kapazitätsauslastung deutlich gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen geht nicht mehr zurück und die Kurzarbeit nimmt zu, die Ausweitung der Beschäftigung hat sich im Herbst spürbar abgeschwächt. Die Verbraucherpreise sind nach der Jahresmitte beschleunigt gestiegen; Ende 1991 überschritten sie ihren Vorjahresstand um rund 4 vH.

Weiterhin enge Geldpolitik

Bei der Revision ihres Geldmengenziels zur Jahresmitte 1991 hatte die Bundesbank verkündet, daß sie im weiteren Jahresverlauf den unteren Rand des um einen Prozentpunkt

Schaubild 1

Indikatoren[1] zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland

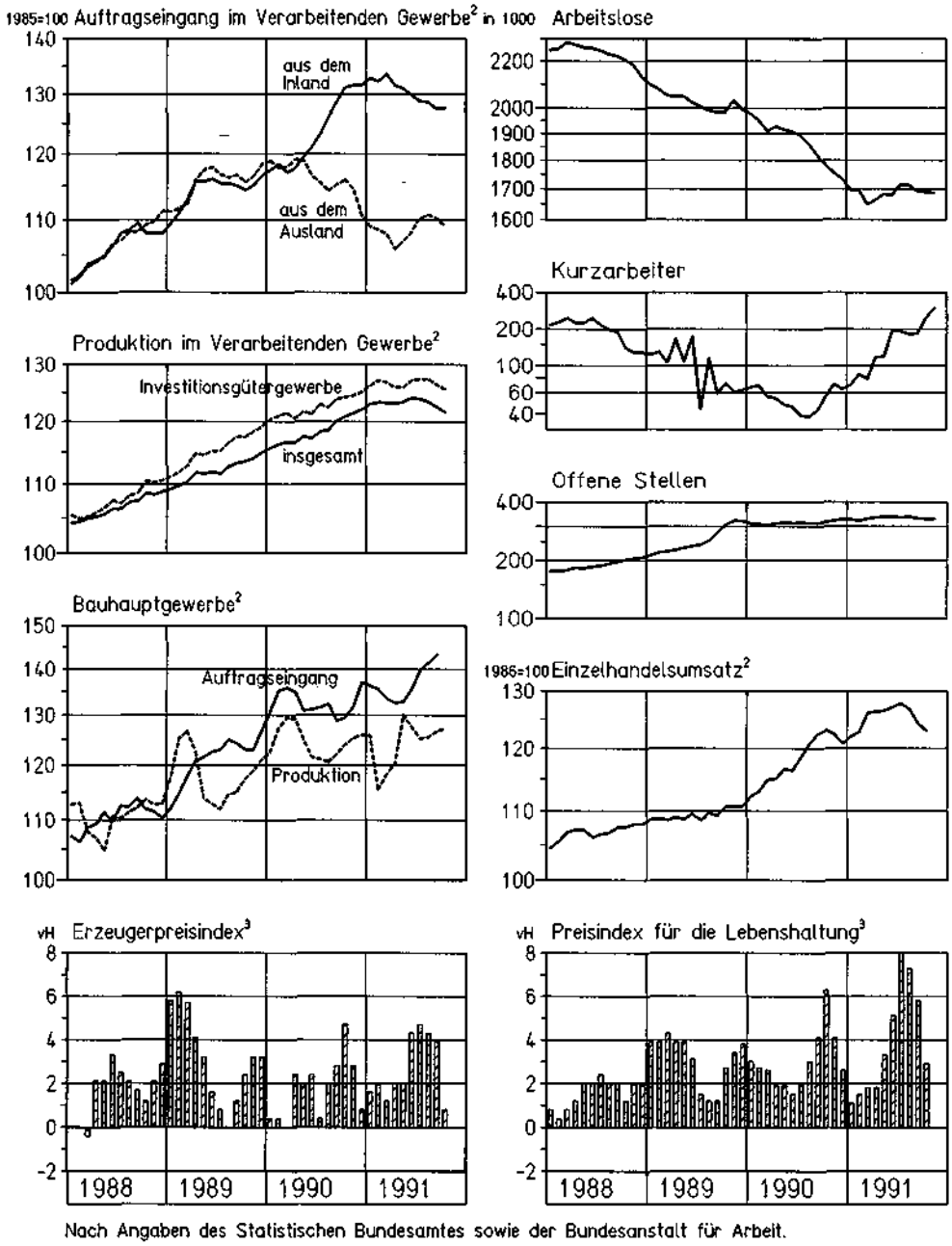


Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

[1]Nicht saisonbereinigt. – [2]Ohne innerdeutschen Handel.

Schaubild 2

Indikatoren[1] zur Konjunkturlage in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

[1]Saisonbereinigt. – [2]Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – [3]Veränderung gegenüber dem Vormonat, Jahresrate, gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

gesenkten neuen Zielkorridors von 3 bis 5 vH anstreben wolle. Seither hat sich das Geldmengenwachstum merklich verstärkt, die Zuwachsrate der Geldmenge M3 lag im Herbst im oberen Bereich des Zielkorridors. Die Geldmenge M1 nahm ebenfalls beschleunigt zu. Die raschere Geldmengenausweitung spiegelt aber wohl vor allem Veränderungen in der Geldnachfrage wider. So nimmt seit jüngster Zeit der Bargeldumlauf deutlich verstärkt zu. Dazu hat wohl beigetragen, daß die Sparer im Inland verstärkt Bargeld gehortet haben, um flexibel auf die für Mitte November angekündigte Neuregelung der Zinsbesteuerung reagieren zu können. Außerdem wird die D-Mark in einigen Ländern Osteuropas in letzter Zeit zunehmend als Parallelwährung benutzt. Die starke Expansion der kurzfristigen Termineinlagen signalisiert zudem zinsinduzierte Veränderungen in der Struktur der Geldhaltung. Auch nach der Beschleunigung der Geldmengenexpansion sind die kurzfristigen Zinsen weiter deutlich höher als die langfristigen Zinsen. Eine inverse Zinsstruktur war in der Vergangenheit stets Ausdruck einer engen Geldpolitik. All dies spricht dafür, daß die Geldpolitik bislang nicht gelockert worden ist.

Die Verstärkung des Kostenauftriebs und der hohe Preisanstieg weisen gewisse Parallelen zu der Entwicklung Anfang der achtziger Jahre auf.[1] Damals hatte die Bundesbank ihren Kurs im Konjunkturabschwung nochmals erheblich verschärft, um der Schwäche der D-Mark und der davon ausgehenden Inflationsgefahr zu begegnen. Dies hat maßgeblich dazu beigetragen, daß es zu einer ausgeprägten Rezession kam. Eine solche abermalige Verschärfung der Geldpolitik haben wir in dieser Prognose nicht unterstellt. Die Bundesbank hat bei der Verkündung des Geldmengenziels angekündigt, daß sie für das Jahr 1992 eine Ausweitung der Geldmenge M3 mit einer Rate von 3,5 bis 5,5 vH anstrebt. Dies bedeutet, daß die Bundesbank die Geldmenge M3 im nächsten Jahr in ähnlich raschem Tempo ausweiten will wie in diesem Jahr. Die kurzfristigen Zinsen werden zunächst hoch bleiben. Erst nachdem die konjunkturelle Abschwächung deutlich sichtbar geworden ist und die Bundesbank die Inflationsgefahren geringer einschätzt, wird es zu einer Senkung der Leitzinsen kommen. Wir erwarten einen solchen Schritt erst zur Mitte des kommenden Jahres. Die langfristigen Zinsen dürften aufgrund abnehmender Inflationserwartungen tendenziell sinken. Da ihr Rückgang weniger ausgeprägt sein wird als der der kurzfristigen Zinsen, wird sich die Zinsstruktur im zweiten Halbjahr 1992 wieder allmählich normalisieren. Insgesamt werden sich mit der Fortsetzung einer stetigen, am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Politik 1992 die Bedingungen für eine allmähliche Erholung der Binnennachfrage verbessern, da die dämpfenden Effekte des geldpolitischen Kurswechsels vom Frühjahr 1989 auslaufen.

Anhaltend hohe Budgetdefizite

Die Staatsausgaben werden in der Bundesrepublik insgesamt 1992 zwar schwächer als 1991, mit 8 vH aber wiederum sehr stark expandieren. Die Aufwendungen für den Staatsverbrauch dürften – trotz fortgesetzter Kürzung der Verteidigungsausgaben – um 7 vH ausgeweitet werden; dazu trägt bei, daß die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst insbesondere in Ostdeutschland nochmals recht hoch ausfallen werden. Die öffentlichen Investitionen dürften 1992 deutlich zunehmen. Zwar werden sie im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik nur wenig steigen, weil viele Länder und Gemeinden wegen ihrer hohen Verschuldung und wegen anhaltend hoher Budgetdefizite Investitionsprojekte verschieben, in Ostdeutschland werden sie aber stark erhöht.

---

[1] Vgl. dazu den Beitrag von Joachim S c h e i d e, „Die westdeutsche Konjunktur schwächt sich ab – Gibt es Parallelen zu den Rezessionen 1974/75 und 1980/82?", in diesem Heft.

Die Sozialleistungen werden 1992 nicht so stark wie in diesem Jahr, aber immer noch kräftig steigen. So werden die Altersrenten in den neuen Bundesländern – in Reaktion auf die Lohnentwicklung, aber auch infolge der forcierten Annäherung des Rentenrechts an die westdeutschen Regelungen – nochmals massiv erhöht. Auch für einzelne spezifische Sozialleistungen werden erheblich mehr Mittel aufgewendet werden.

Die Subventionen werden in den alten Bundesländern auch 1992 zunehmen. Die Ausgaben für die Landwirtschaft dürften angesichts der in vielen Bereichen hohen Angebotsüberschüsse und der großen Lagerbestände weiter steigen; auch werden Subventionen, die auslaufen (Vorsteuerpauschale bei der Umsatzsteuer der Landwirtschaft), durch andere ersetzt. Demgegenüber sind die Kürzungen bei den Finanzhilfen in anderen Bereichen, beispielsweise im Kohlenbergbau, bescheiden. In den neuen Bundesländern werden 1992 deutlich weniger Subventionen für die Wohnungsnutzung gezahlt werden als 1991; allerdings nehmen die Wohngeldleistungen stark zu. Zudem werden hohe Subventionen aufgrund von Bürgschaften der Treuhandanstalt für Bankkredite und infolge von Sanierungsmaßnahmen der Treuhandanstalt fällig.

Die Zinszahlungen auf die öffentlichen Schulden werden 1992 stark zunehmen, weil die Neuverschuldung im Jahr 1991 kräftig gestiegen ist. Zudem sind bestimmte Schulden, die im Zuge der Abwicklung der ehemaligen DDR entstanden sind (beispielsweise die Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds im Zuge der Währungsumstellung), erstmals zu bedienen.

Das Steueraufkommen wird 1992 trotz abgeschwächter Nachfrageexpansion kräftig steigen. Dazu trägt die progressionsbedingte Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung bei. Hinzu kommt, daß der 7,5 %ige Zuschlag auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zur Jahresmitte 1992 erhoben wird. Schließlich wirken die Anhebung der Mineralölsteuer und der Versicherungssteuer zur Jahresmitte 1991 nach; auch wird die Tabaksteuer zum 1. März 1992 erhöht. Die Sozialbeiträge im gesamten Bundesgebiet werden 1992 – bei leicht rückläufiger Beschäftigung – verlangsamt expandieren. Zwar wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung 1992 höher als 1991 sein, der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird aber zum 1. Januar 1992 von 6,8 auf 6,3 vH gesenkt.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte (einschließlich der Treuhandanstalt sowie der Sozialversicherungen) dürfte sich – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – 1992 auf 120 Mrd. DM (rund 4 vH des Bruttosozialprodukts) belaufen (1991: 118 Mrd. DM).

Die Finanzpolitik war seit Beginn der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion bemüht, durch spontane Maßnahmen soziale Härten zu vermeiden und Engpässe zu beseitigen. Eine solche Politik war unvermeidlich, da die Heftigkeit des Zusammenbruchs rasche Hilfe notwendig machte. Um die staatliche Beanspruchung der Ressourcen nicht nachhaltig zu erhöhen, ist es jetzt erforderlich, in den öffentlichen Haushalten die Prioritäten neu zu setzen und konsequent Ausgaben zu kürzen. Von einer solchen Politik ist aber wenig zu erkennen.

Die niedrige Steigerungsrate für die Bundesausgaben im Jahr 1992 (2,9 vH gemäß Haushaltsplan) steht dazu nicht im Widerspruch. Sie ergibt sich nur deshalb, weil Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit schon 1991 geleistet wurden und weil die geplanten Ausgaben für 1992 auf die (hohen) Soll-Ausgaben und nicht auf die (niedrigeren) Ist-Ausgaben des Jahres 1991 bezogen werden. Die richtig berechnete Zuwachsrate beträgt rund 5,5 vH. Symptomatisch ist, daß die Bundesregierung bei der angestrebten Reduzierung der Sub-

ventionen nicht nur rasch dem Druck der Interessengruppen nachgegeben hat, sondern sogar die Subventionen für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft erhöht hat. Auch die Ausgaben der alten Bundesländer nehmen 1992 weiter kräftig zu. Die fehlende Entschlossenheit zu strikter Ausgabenbegrenzung hat ihr Gegenstück auf der Einnahmenseite. Hier ist die Bundesregierung mit Hinweis auf die Finanzierung des Golfkriegs von ihrer Zusage, die Steuern nicht zu erhöhen, zurückgetreten.

Insgesamt wird die Finanzpolitik ihrer Aufgabe, Hemmnisse für das Wachstum abzubauen, nicht gerecht. Die durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung[2] steht nach wie vor aus, ebenso die Verringerung der Staatsquote – sie wird 1992 mit rund 50 vH wohl um 5 Prozentpunkte höher sein als 1989 (in den alten Bundesländern). Beides ist jedoch erforderlich, um den Aufbauprozeß in den neuen Bundesländern zu beschleunigen und um die Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik im Europäischen Binnenmarkt und im Europäischen Wirtschaftsraum zu erhalten.

Lohnzuwächse weiterhin hoch

Trotz steigender Arbeitslosigkeit hatten die Arbeitgeber und die Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen für Ostdeutschland hohe Lohnzuwächse für 1991 vereinbart. Im Mittelpunkt stand dabei das Bestreben der Tarifparteien, eine rasche Angleichung der ostdeutschen Arbeitsentgelte an das westdeutsche Niveau zu erreichen. Im Durchschnitt des Jahres 1991 übertrafen die tariflichen Stundenlöhne das Vorjahresniveau um nahezu 40 vH. Dadurch verschlechterte sich die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen weiter. Aufgrund des starken Konkurrenzdrucks und der engen Geldpolitik dürfte es ihnen nicht gelingen, die gestiegenen Kosten in den Preisen weiterzugeben. Die Konsequenz ist, daß die Betriebe in großem Umfang Arbeitskräfte entlassen, um auf diese Weise die Produktivität zu steigern. Der veraltete Kapitalstock dürfte es in vielen Fällen selbst bei massiven Freisetzungen von Arbeitskräften nicht erlauben, den Anstieg der Arbeitskosten voll aufzufangen. Die Lage der Betriebe spitzt sich also zu. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität, die die Lohnpolitik so um den Preis steigender Arbeitslosigkeit bewirkt, ist im übrigen ein statistisches Ergebnis; weil marginale, unterdurchschnittlich produktive Arbeitskräfte und Betriebe ausgeschieden sind, hat sich die gemessene durchschnittliche Produktivität der noch beschäftigten Arbeitnehmer und der verbleibenden Betriebe erhöht. Diese Produktivitätssteigerungen sind keine Legitimation für neue Lohnforderungen.

Auch in den nächsten Jahren werden die Löhne in Ostdeutschland kräftig steigen. In vielen Bereichen wurde bereits vereinbart, die Löhne sowie andere tarifliche Leistungen innerhalb von drei bis vier Jahren an das westdeutsche Niveau anzugleichen. Die Produktivität wird sicherlich nicht so erhöht werden können, daß sich weitere Arbeitsplatzverluste vermeiden lassen. Aufgabe einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik wäre es, niedrige allgemeine Lohnsteigerungen zu vereinbaren. Auch sollte von der tarifvertraglich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Anpassung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau zeitlich zu strecken. Am Markt könnte sich dann eine stärkere Differenzierung der Löhne durchsetzen, die der jeweiligen wirtschaftlichen Lage einzelner Unternehmen und Branchen und der Knappheit an Arbeitskräften entspricht. Auch wären Öffnungsklauseln in Tarifverträgen hilfreich, und keinesfalls sollten Tarifvereinbarungen für allgemeinverbindlich erklärt werden. So wäre es für Unternehmen in Notlagen möglich, durch Betriebsvereinbarungen die Entlohnung unter das tariflich vereinbarte Niveau

[2] Zur künftigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen und zu den finanzpolitischen Aufgaben vgl. Alfred Boss, „Mittelfristige Perspektiven der Finanzpolitik", in diesem Heft.

herabzusetzen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Gegenwärtig sind viele Arbeitskräfte in Beschäftigungsgesellschaften eingebunden, die auch qualifizieren sollen. Das Qualifikationsniveau der ostdeutschen Arbeitskräfte ist aber jetzt schon nicht niedrig und zusätzliche Fähigkeiten können sie sich viel erfolgsversprechender in privaten Unternehmen aneignen. Um eine dauerhafte Bindung von Arbeitskräften durch Beschäftigungsgesellschaften zu vermeiden, sollte die Entlohnung der dort tätigen Arbeitnehmer deutlich unter das Niveau der in privaten Unternehmen gezahlten Löhne gesenkt werden. Damit würde qualifizierten Arbeitskräften ein Anreiz gegeben, zügig in private Betriebe zu wechseln. So könnte nicht nur dem Mangel an Facharbeitern, sondern auch der dauerhaften Etablierung von Beschäftigungsgesellschaften und dem damit verbundenen enormen Subventionsbedarf entgegengewirkt werden.

In Westdeutschland wurden 1991 die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt um etwa 7 vH erhöht. Da der Produktivitätszuwachs in der Gesamtwirtschaft mit 1,5 vH deutlich niedriger ausfiel, stiegen die Lohnstückkosten beschleunigt. Angesichts intensiven Wettbewerbs ist es den Unternehmen nur teilweise gelungen, die erhöhten Kosten in den Preisen weiterzugeben, so daß die Gewinnspannen unter Druck gerieten. In der kommenden Lohnrunde wollen die Gewerkschaften ähnlich hohe Forderungen durchsetzen wie im letzten Jahr. Begründet werden die Lohnforderungen mit dem erwarteten hohen Preisanstieg. Zudem dürfte die von der Bundesregierung angekündigte Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 um einen Prozentpunkt auf dann 15 vH Eingang in die Tarifforderungen finden. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, daß der auf der Erhöhung indirekter Steuern beruhende Preisanstieg keine zunehmenden Unternehmensgewinne signalisiert, sondern eine Umverteilung zugunsten des Staates darstellt. Zwar dämpfen die schwache Konjunktur und die deutlich geringere Nachfrage nach Arbeitskräften zu Beginn des kommenden Jahres die Lohnabschlüsse. Dennoch erwarten wir für 1992 Lohnzuwächse um 5,5–6 vH. Angemessen wären aber Lohnsteigerungen in einer Größenordnung von 4 vH. Dem liegen ein Produktivitätszuwachs von 1,5 vH und eine Preissteigerungsrate von etwa 2 bis 3 vH zugrunde, die bei solchen Lohnabschlüssen sowie der von der Bundesbank verfolgten Geldpolitik erreichbar wäre. Unter diesen Bedingungen würde sich die Gewinnsituation der Unternehmen durch die Lohnpolitik nicht weiter verschlechtern und die Beschäftigungschancen verminderten sich trotz realer Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer nicht. Wegen seiner Leitfunktion in der kommenden Tarifrunde kommt dem Lohnabschluß im öffentlichen Dienst eine besondere Bedeutung zu. Mäßige Lohnzuwächse im öffentlichen Dienst würden es nicht nur anderen Bereichen erleichtern, deutlich niedrigere Lohnabschlüsse als 1991 zu vereinbaren. Sie würden auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erleichtern.

Ostdeutschland: Talsohle bei der Produktion durchschritten

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den neuen Bundesländern ist seit dem Frühsommer 1991 in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Die wirtschaftliche Belebung wird gegenwärtig vor allem von jenen Sektoren getragen, die überwiegend für lokale Märkte produzieren und kaum dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind wie etwa die Bauwirtschaft und der Dienstleistungsbereich. In der Industrie konnte die Produktion im Sommerhalbjahr durch massive staatliche Hilfe, so z. B. Bürgschaften für Kredite an osteuropäische Abnehmerländer, stabilisiert werden. Der größte Teil der noch im Besitz der Treuhand befindlichen Unternehmen ist nicht wettbewerbsfähig. Bei der Entwicklung neuer Produkte sowie der Einführung neuer Produktionstechniken und Managementmethoden sind

zumeist nur geringe Fortschritte gemacht worden. Günstiger stellt sich die Entwicklung bei den privatisierten und den neugegründeten Unternehmen dar.

Nach wie vor beeinträchtigt eine Reihe von Hemmnissen den Wiederaufbau in den neuen Bundesländern. So ist zwar der Neuaufbau von Verwaltungen vorangekommen, häufig fehlen den Mitarbeitern jedoch noch die Kenntnisse und die Erfahrungen, die notwendig sind, um das aus den alten Bundesländern übernommene komplexe System rechtlicher Vorschriften sachgerecht anzuwenden. Vielfach werden dringend notwendige Entscheidungen nicht getroffen. Dadurch werden nicht selten potentielle Investoren abgeschreckt. Besondere Probleme bereiten gegenwärtig vor allem die noch immer ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Angesichts der großen Zahl von Restitutionsansprüchen ist vielfach noch unklar, wer Eigentümer jener Grundstücke und Gebäude ist, die für geplante Investitionsvorhaben dringend benötigt werden. Die beschlossene Vorfahrtsregelung für Investoren hat den vorhandenen Investitionsstau bislang nicht auflösen können. Zudem halten Lohnerhöhungen nicht nur neue Investoren ab, sondern sie erschweren auch die Umstrukturierung der bestehenden Unternehmen, indem sie finanzielle Mittel binden, die für die Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren benötigt werden.

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß der Aufbau neuer Strukturen rund anderthalb Jahre nach Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion durchaus Fortschritte gemacht hat. So ist die Privatisierung vorangetrieben worden. Bis Ende Oktober 1991 sind etwa 4 400 Betriebe an einen privaten Eigentümer übergegangen, die Erwerber haben ein Investitionsvolumen von fast 100 Mrd. DM zugesagt und den Erhalt von knapp 800 000 Arbeitsplätzen garantiert. Das Engagement ausländischer Investoren, das in den ersten Monaten eher gering war, hat sich in letzter Zeit etwas verstärkt. Daneben ist die Zahl der ostdeutschen Bürger, die sich selbständig machen, recht hoch; die Zahl der Gewerbeanmeldungen übersteigt die der Gewerbeabmeldungen pro Monat derzeit um rund 10 000. Die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktur sind angegangen worden, und manche Engpässe im Bereich der Telekommunikation und des Verkehrssystems wurden behoben. Stützend für die Produktion in den neuen Bundesländern wirkt auch, daß die ostdeutschen Konsumenten wieder stärker auf heimische Produkte zurückgreifen; offenbar sind in bezug auf Produktqualität und Marketing durchaus Fortschritte bei den heimischen Anbietern zu verzeichnen.

All dies hat dazu beigetragen, daß die Bereitschaft, in den neuen Bundesländern zu investieren, bereits in diesem Jahr hoch war. Nach unserer Schätzung haben die öffentliche Hand und Unternehmen 1991 knapp 70 Mrd. DM für investive Zwecke aufgewandt, das entspricht fast einem Drittel des Bruttosozialprodukts. In den alten Bundesländern beträgt die Investitionsquote reichlich ein Fünftel. Eine Angleichung der Einkommens- und Beschäftigungschancen im Osten an die im Westen verlangt freilich, daß die Investitionsquote über eine Reihe von Jahren hoch bleibt. Nur so können der marode Kapitalstock ersetzt und eine ausreichende Anzahl von rentablen Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Der überwiegende Teil der Investitionen entfällt auf den Unternehmensbereich. Bedeutsam sind die Investitionen im Telekommunikationsbereich und bei der Reichsbahn. Im übrigen gehen vor allem von den Investitionen westdeutscher Unternehmen beträchtliche Impulse aus; sie haben Schätzungen zufolge allein im gewerblichen Bereich in diesem Jahr rund 25 Mrd. DM investiert, für das kommende Jahr wird mit Investitionen von etwa 36 Mrd. DM gerechnet. Demgegenüber ist die Investitionstätigkeit von Unternehmen im Treuhandbesitz sowohl in diesem wie auch im nächsten Jahr sehr verhalten; hier fehlen vielfach nicht nur die Finanzmittel, sondern vor allem erfolgversprechende Sanierungskonzepte. Für eine kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen im Jahr 1992

sprechen auch die starke Inanspruchnahme der vielfältigen Kreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen sowie deutlich steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe von seiten gewerblicher Auftraggeber. Trotz der zunächst eher zögerlichen Umsetzung der Investitionsförderung dürften die Kommunen, die Länder und der Bund 1991 für investive Zwecke rund 13 Mrd. DM ausgegeben haben. Für 1992 erwarten wir eine sehr kräftige Zunahme der öffentlichen Investitionsausgaben. So wird der Großteil der bewilligten Fördermittel erst im kommenden Jahr produktionswirksam werden. Die Auftragsvergabe öffentlicher Stellen an das Bauhauptgewerbe hat im Sommerhalbjahr 1991 sprunghaft zugenommen. Lediglich im Wohnungsbaubereich werden die Investitionen 1991 wohl kaum höher als im Vorjahr gewesen sein; angesichts von Mieten, die weit unter dem Kostenniveau lagen, und angesichts vielfach ungeklärter Eigentumsverhältnisse waren die Investoren zurückhaltend. Für den Neubau von Wohnungen ist 1992 kaum mit stärkeren Impulsen zu rechnen, da sich Investitonsvorhaben wegen eines Mangels an Bauland vielfach nicht verwirklichen lassen. Für die Wohnraummodernisierung dürfte dagegen im kommenden Jahr nicht zuletzt wegen der staatlichen Fördermaßnahmen ein höheres Investitionsvolumen zu verzeichnen sein. Insgesamt werden die realen Bruttoanlageinvestitionen 1992 das Vorjahresniveau um ein Drittel übertreffen.

Das verfügbare Einkommen in den neuen Bundesländern ist 1991 in nominaler Rechnung kräftig gestiegen. Dies liegt vor allem daran, daß die staatlichen Transferzahlungen außerordentlich stark ausgeweitet worden sind. Hinzu kommt, daß immer mehr ostdeutsche Arbeitnehmer als Pendler Einkommen in Westdeutschland erzielen. Demgegenüber ist das in der Region erwirtschaftete Einkommen aus unselbständiger Arbeit deutlich gesunken, obwohl die tariflichen Stundenlöhne stark gestiegen sind. Dies liegt daran, daß die Zahl der Beschäftigten gleichzeitig um reichlich ein Fünftel abgenommen hat; zudem war die Zahl der Kurzarbeiter deutlich höher. In realer Rechnung ist das verfügbare Einkommen nahezu unverändert geblieben, weil das Preisniveau vor allem wegen der Anhebung der Preise für Energie, Verkehrsleistungen und Mieten ähnlich stark zunahm wie die Nominaleinkommen. Trotzdem haben die privaten Haushalte ihren realen Konsum leicht erhöht. Um den aufgestauten Nachholbedarf zu finanzieren, haben sie merklich weniger gespart.

Im kommenden Jahr werden die privaten Haushalte in Ostdeutschland bei weiterhin attraktiven Zinsen und anhaltender Arbeitsplatzunsicherheit wohl wieder einen größeren Teil ihres Einkommens sparen. Das Lohneinkommen wird sich gegenüber 1991 recht kräftig erhöhen. Zudem steigen die Transfereinkommen nochmals deutlich. Nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge ergibt sich eine Zunahme der verfügbaren Einkommen um ein Fünftel. Trotz kräftig steigender Preise nimmt die Kaufkraft der privaten Haushalte spürbar zu und erlaubt eine deutliche Ausweitung der realen Verbrauchsausgaben.

Die Warenausfuhr Ostdeutschlands, die stark auf die osteuropäischen Staaten ausgerichtet ist, brach zu Beginn dieses Jahres zusammen. Der Übergang zu Weltmarktpreisen und konvertiblen Währungen im Güteraustausch zwischen den Staaten des ehemaligen RGW ließ die Nachfrage der bisherigen Hauptabnehmerländer angesichts ihres chronischen Devisenmangels drastisch sinken. Hinzu kamen Produktionseinbrüche in diesen Ländern als Folge des Transformationsprozesses. Die ostdeutschen Warenexporte dürften 1991 um nahezu 40 vH unter dem Vorjahreswert gelegen haben. Ein noch stärkerer Rückgang wurde dadurch verhindert, daß die Bundesregierung vermehrt Bürgschaften für Kredite an osteuropäische Staaten, vor allem die Sowjetunion, bereitgestellt hat. Damit sollte einem weiteren Einbruch der ostdeutschen Exporte entgegengewirkt werden. Zwar können derartige Maßnahmen kurzfristig zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Sie gefährden jedoch die zügige Anpassung der Außenhandelsstruktur an die Bedingungen des

Weltmarktes und verzögern damit die Einbindung Ostdeutschlands in die internationale Arbeitsteilung.

Von der Ausfuhr in die osteuropäischen Staaten werden angesichts der dortigen Wirtschaftskrise wohl auch im nächsten Jahr keine Anregungen ausgehen. Dagegen werden die Unternehmen aus den neuen Bundesländern, denen es mit Unterstützung westlicher Partner gelingt, ihre Produktion auf wettbewerbsfähige Produkte umzustellen, allmählich die Belieferung westlicher Absatzmärkte aufnehmen. Insgesamt ist 1992 eine leichte Belebung der Warenexporte aus den neuen Bundesländern wahrscheinlich.

Die Wareneinfuhr Ostdeutschlands, ohne die Bezüge aus Westdeutschland, ging mit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion drastisch zurück. Betroffen waren vor allem die Lieferungen aus den osteuropäischen Staaten. Durch den Rückgang und die Umstellung der ostdeutschen Produktion verringerte sich der Bedarf an Vorprodukten aus diesen Ländern spürbar; darüber hinaus werden osteuropäische Waren von den Konsumenten kaum noch akzeptiert. Die Warenimporte aus den ehemaligen RGW-Staaten werden im weiteren Verlauf von 1992 wohl niedrig bleiben. Hingegen dürften die Einfuhren aus westlichen Ländern allmählich zunehmen, da mit der für 1992 erwarteten Belebung der Produktion in Ostdeutschland auch der Bedarf an Vorerzeugnissen westlichen Standards deutlich steigen wird.

Insgesamt erwarten wir, daß sich die begonnene Aufwärtstendenz in den neuen Bundesländern im nächsten Jahr fortsetzt. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird mit etwa 9 vH sehr kräftig sein (Tabelle 1). Die Zahl der Beschäftigten wird ihren Tiefpunkt erst im Sommer 1992 erreichen. Insbesondere zum Jahresende 1991 ist nochmals mit einem kräftigen Personalabbau zu rechnen. Wenngleich ein Teil der Entlassenen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wird, wird sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Verlauf des ersten Halbjahrs bis auf rund 1,2 Millionen erhöhen. Bei anhaltendem Produktionsanstieg wird sich die Arbeitsmarktlage im zweiten Halbjahr 1992 allmählich bessern; die Strukturprobleme am ostdeutschen Arbeitsmarkt bleiben jedoch weiterhin gravierend.

Vor allem wegen des Abbaus von Subventionen und der Erhöhung administrierter Preise, werden die Konsumentenpreise in den neuen Bundesländern in diesem und – abgeschwächt – auch im nächsten Jahr deutlich rascher steigen als in den alten Bundesländern. Dies ist jedoch kein Ausdruck von Inflation, sondern eine strukturelle Preisanpassung, der wie bei einer Steuererhöhung eine gewünschte Einkommensumverteilung zugrunde liegt. Bei fortgesetzt mäßiger Geldmengenexpansion ergibt sich automatisch ein geringerer Preisanstieg im Laufe der Zeit. Forderungen, die Geldpolitik müsse die so bewirkte Erhöhung des Preisniveaus monetär alimentieren, sind ebenso unbegründet wie Forderungen, die Bundesbank müsse das Geldmengenwachstum reduzieren, um ein Überschwappen des Preisanstiegs auf die alten Bundesländer zu verhindern. Würde die Notenbank den aus einer Änderung relativer Preise auf die kurze Sicht resultierenden Preisanstieg durch ein verstärktes Geldmengenwachstum finanzieren, so würde sie inflationär wirken, ihre Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die angestrebte Rückkehr zu Preisniveaustabilität würde erschüttert.[3] Eine zusätzliche monetäre Restriktion dagegen würde das Risiko eines konjunkturellen Einbruchs erheblich erhöhen und kaum helfen, die Preisniveaustabilisierung rascher zu erreichen.

[3] Vgl. dazu das Minderheitsvotum von Horst Siebert, Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1991/92, Ziffer 312.

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1991/1992

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Bruttoinlandsprodukt[1]	3,5	1,5	−23	9	1,0	2,0
Bruttosozialprodukt[1]	3,0	1,5	−21	11	1,0	2,0
Erwerbstätige[2] (1000)	29270	29450	7150	6700	36420	36150
Beschäftigte Arbeitnehmer[2] (1000)	26300	26480	6670	6120	32970	32600
Arbeitslose (1000)	1700	1900	920	1200	2620	3100
Kurzarbeiter (1000)	170	300	1625	1000	1795	1300
Staat[3]						
Einnahmen	.	.	.	.	12,5	8,5
Ausgaben	.	.	.	.	14,5	8,0
Finanzierungssaldo (Mrd. DM)	.	.	.	.	−120,0	−120,0
Leistungsbilanzsaldo	.	.	.	.	−40,0	−20,0

[1] In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH. – [2] Im Inland. – [3] Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin. – Eigene Schätzungen.

Westdeutschland: Vorübergehende Konjunkturschwäche

Die konjunkturelle Expansion ist in der zweiten Jahreshälfte 1991 zum Stillstand gekommen. Die deutliche Abkühlung der Konjunktur spiegelt sich auch in der Einschätzung von Haushalten und Unternehmen wider: Das Geschäfts- und das Konsumklima haben sich merklich verschlechtert. Die Auftragseingänge waren in der Tendenz bis zuletzt leicht rückläufig, die vorsichtige Belebung der Auslandsnachfrage konnte die Schwäche der Binnennachfrage nicht vollständig kompensieren. Gleichzeitig hat sich der Kostenauftrieb spürbar verstärkt.

Die konjunkturelle Expansion dürfte zunächst noch schwach sein; für den weiteren Verlauf des kommenden Jahres erwarten wir jedoch eine erneute Belebung der Konjunktur. Anregende Wirkungen werden zuerst von der Weltkonjunktur ausgehen; bereits in der ersten Jahreshälfte von 1992 dürften die Lieferungen in das Ausland steigen, wenn auch in eher mäßigem Tempo.[4] Von der Binnennachfrage sind zunächst kaum Impulse zu erwarten, anders als in der zweiten Jahreshälfte von 1991 treten aber auch keine Belastungsfaktoren hinzu. Die Geldpolitik wird ihren bereits seit geraumer Zeit betriebenen potentialorientierten Kurs fortsetzen. Von der Finanzpolitik gehen im Verlauf von 1992 keine zusätzlichen dämpfenden Effekte mehr aus. Mit dem Auslaufen des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer zur Jahresmitte 1992 werden die privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 1992 vorübergehend sogar wieder entlastet.

Die westdeutsche Warenausfuhr war im ersten Halbjahr 1991 durch einen merklichen Rückgang gekennzeichnet. Die ungünstige Konjunkturentwicklung in wichtigen Handels-

[4] Vgl. dazu Stefanie Bessin, Malte Fischer, Klaus-Jürgen Gern, Eckhard Nitschke, Klaus-Werner Schatz, Peter Trapp, „Verhaltene Konjunkturbelebung in den Industrieländern", in diesem Heft.

partnerländern führte insbesondere bei den Herstellern von Investitionsgütern des Maschinenbaus, aber auch bei den Produzenten von chemischen Erzeugnissen zu spürbar abnehmenden Exporten. Die hohe Kapazitätsauslastung im Inland dämpfte zudem die Absatzbemühungen deutscher Anbieter auf ausländischen Märkten. Mit der allmählichen Belebung der Produktion in wichtigen Abnehmerländern in der zweiten Jahreshälfte 1991 dürften jedoch die westdeutschen Ausfuhren ihren Tiefpunkt mittlerweile durchschritten haben. Insgesamt wird der Export 1991 allerdings aufgrund der deutlich rückläufigen Warenlieferungen im ersten Halbjahr wohl etwas unter dem Vorjahresniveau liegen. Mit der sich fortsetzenden Belebung der Auslandskonjunktur im nächsten Jahr werden sich die Perspektiven für die deutsche Ausfuhr weiter verbessern. Viele Unternehmen dürften sich darüber hinaus als Folge der abnehmenden Nachfrageimpulse aus Ostdeutschland wieder stärker den ausländischen Absatzmärkten zuwenden. Da die konjunkturelle Erholung in wichtigen Handelspartnerländern jedoch gedämpft verlaufen dürfte, ist für den Warenexport Westdeutschlands eine nur moderate Belebung zu erwarten. Er dürfte 1992 real um knapp 4 vH gegenüber 1991 steigen. Die Ausfuhren Westdeutschlands in die neuen Bundesländer wurden 1991 deutlich gesteigert. So konnten die sinkenden Exporte ins Ausland mehr als ausgeglichen werden. Rechnet man die Ausfuhren nach Ostdeutschland zu denen ins Ausland hinzu, so dürften die westdeutschen Warenexporte im laufenden Jahr real um etwa 9 vH gestiegen sein. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nahmen um 12 vH zu (Tabelle 2).

Im kommenden Jahr werden die Lieferungen westdeutscher Unternehmen in die neuen Bundesländer abgeschwächt expandieren. Nachdem bislang die Spartätigkeit deutlich reduziert wurde, um die hohe Nachfrage nach westdeutschen Produkten zu finanzieren, dürften mittlerweile viele Konsumwünsche befriedigt sein, und die Sparbereitschaft wird wohl zunehmen. Darüber hinaus wird mit dem erwarteten Aufschwung in Ostdeutschland der Lieferanteil von Investitionsgütern deutlich steigen. Insgesamt dürfte die Ausfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im nächsten Jahr daher mit etwa 5 vH spürbar schwächer zunehmen als 1991.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im Durchschnitt von 1991 ihren Vorjahresstand um nochmals ein Zehntel überschritten; im Verlauf des Jahres haben sie aber nur noch wenig zugenommen. Dazu hat beigetragen, daß sich die Absatz- und Ertragsaussichten spürbar verschlechterten. Zwar zeichnet sich für das kommende Jahr sowohl eine Belebung der Auslandsnachfrage als auch – mit Verzögerung – ein erneuter Anstieg der Binnennachfrage ab. Die Kapazitätsauslastung wird gleichwohl bis in die zweite Jahreshälfte von 1992 hinein zurückgehen; damit dürfte der Anreiz für Erweiterungsinvestitionen gering sein. Die Zinsen auf Finanzanlagen bleiben zudem hoch und stellen eine vergleichsweise attraktive Alternative zu Sachinvestitionen dar. Weiterhin kräftig steigende Arbeitskosten sowie der verstärkte Wettbewerb in einem erweiterten Europäischen Binnenmarkt werden dagegen die Unternehmen veranlassen, ihre Rationalisierungsanstrengungen zu verstärken. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen 1992 deutlich verlangsamt zunehmen, allenfalls in der zweiten Jahreshälfte ist mit einer Belebung zu rechnen. Die jahresdurchschnittliche Zunahme dürfte rund 3,5 vH betragen.

Die Baukonjunktur hat im Verlauf von 1991 ihren Höhepunkt überschritten. Hohe Zinsen, verschlechterte Einkommensperspektiven sowie eine ungünstigere Gewinnerwartung und die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte haben dazu geführt, daß sich der Nachfrageanstieg merklich abgeschwächt hat. Von der Abflachung der Baukonjunktur sind alle Bereiche betroffen. Besonders ausgeprägt war die Nachfrageschwäche im Einfamilienhausbau, hier gehen die Baugenehmigungen bereits seit geraumer Zeit spürbar

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1988–1992

	1990	1988	1989	1990	1991[1]	1992[1]
Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH				
Privater Verbrauch	1299,2	4,1	4,8	7,4	6,0	5,5
Staatsverbrauch	443,1	3,8	1,6	5,8	5,5	5,5
Anlageinvestitionen	509,5	6,3	10,1	12,9	11,0	7,0
Ausrüstungsinvestitionen	234,5	7,7	12,3	14,5	12,0	7,5
Bauinvestitionen	275,0	5,1	8,4	11,5	10,0	7,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	19,5	(10,3)	(20,71)	(19,47)	(33,0)	(27,0)
Ausfuhr	872,9	7,9	14,5	10,8	14,5	8,5
Einfuhr	718,7	7,8	13,6	11,7	16,0	8,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	154,2	(121,73)	(144,74)	(154,21)	(165,0)	(181,0)
Bruttosozialprodukt	2425,5	5,2	6,5	8,0	7,5	6,0
Inländische Verwendung	2271,3	5,1	5,7	8,1	7,5	5,5
Verwendung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1985						
Privater Verbrauch	1211,1	2,7	1,7	4,7	2,0	1,5
Staatsverbrauch	390,5	2,2	−1,7	2,1	0,5	1,0
Anlageinvestitionen	458,6	4,6	7,0	8,8	6,5	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	220,9	6,6	9,8	12,9	10,0	3,5
Bauinvestitionen	237,7	3,1	4,8	5,3	3,5	1,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	22,5	(12,03)	(21,89)	(22,47)	(35,0)	(28,0)
Ausfuhr	844,0	5,9	11,4	9,9	12,0	5,0
Einfuhr	788,1	5,8	8,4	11,9	13,0	5,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	56,0	(39,99)	(64,16)	(55,96)	(54,0)	(58,0)
Bruttosozialprodukt	2138,7	3,7	3,8	4,5	3,0	1,5
Inländische Verwendung	2082,7	3,6	2,6	5,0	3,0	1,5
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	1985 = 100					
Privater Verbrauch	107,3	1,4	3,1	2,6	3,5	4,0
Ausrüstungsinvestitionen	106,2	1,0	2,3	1,4	2,0	3,5
Bauinvestitionen	115,7	2,0	3,5	5,9	6,5	5,5
Ausfuhr	103,4	1,9	2,8	0,8	2,5	3,5
Einfuhr	91,2	1,9	4,8	−0,2	2,5	3,0
Bruttosozialprodukt	113,4	1,5	2,6	3,4	4,0	4,5
Inländische Verwendung	109,1	1,4	3,0	2,9	4,0	4,0
Entstehung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1985	Mrd. DM					
Arbeitsvolumen	.	0,9	0,8	2,1	2,0	0,0
Produktivität	.	2,8	2,4	2,6	1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	2119,7	3,7	3,2	4,7	3,5	1,5
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	1871,5	5,5	6,0	7,9	6,0	5,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	557,5	9,6	9,9	8,8	1,0	3,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1313,9	4,0	4,5	7,5	8,0	6,0
in vH des Volkseinkommens	.	71,5	70,5	70,2	71,5	72,0
Lohnkosten je Produkteinheit[2]	.	0,1	0,4	2,6	5,0	4,5
Arbeitslose (Mill.)	.	2,24	2,04	1,88	1,70	1,90
Erwerbstätige[3] (Mill.)	.	27,26	27,63	28,43	29,25	29,45

[1] Geschätzt. – [2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [3] Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1991, H. 9. – Eigene Berechnungen.

zurück. Die Bundesregierung hat beschlossen, daß Schuldzinsen bis zu einer Höhe von 12000 DM steuerlich abgesetzt werden können. Dies wird wohl zu einer allmählichen Stabilisierung der Nachfrage im Eigenheimbau beitragen. Im Geschoßwohnungsbau, von dem zuletzt die stärksten Impulse für die Bautätigkeit ausgingen, zeichnet sich zuletzt ebenfalls eine Nachfragedämpfung ab. Allein die Investitionen in die Modernisierung und die Instandhaltung von Wohnungen werden im kommenden Jahr wohl weiter zunehmen. Mit der abgeschwächten Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen werden auch die gewerblichen Bauinvestitionen im kommenden Jahr nur noch verlangsamt expandieren. Für die staatlichen Bauinvestitionen erwarten wir im kommenden Jahr sogar einen Rückgang. So werden von seiten des Bundes Investitionsausgaben in die neuen Bundesländer verlagert, und die Finanzlage der Gemeinden stellt sich weniger günstig dar als in diesem Jahr. Insgesamt werden die Bauinvestitionen 1992 nur noch wenig zunehmen. Der Preisanstieg wird sich angesichts der Nachfrageabschwächung in den alten Bundesländern etwas beruhigen, wegen der anhaltend günstigen Baukonjunktur in den neuen Bundesländern wird er aber auch weiterhin höher als in den anderen Bereichen der Wirtschaft bleiben.

Die Verbrauchsneigung hat sich nach der Jahresmitte 1991 spürbar abgeschwächt. Rascher steigende Konsumentenpreise und höhere Steuern und Sozialabgaben haben dazu geführt, daß das verfügbare Einkommen in der zweiten Jahreshälfte von 1991 nur noch wenig höher ist als im Vorjahr. Auch für 1992 bleiben die Einkommensperspektiven insgesamt gedrückt. Die Beschäftigung nimmt 1992 kaum noch zu. Wegen der deutlich schwächeren Gewinne der Unternehmen werden die Entnahmen wohl ebenfalls weniger stark ausgeweitet. Die Transfers dürften im kommenden Jahr in ähnlich hohem Tempo expandieren wie in diesem Jahr. Die Belastung mit Steuern und Abgaben wird in der ersten Jahreshälfte von 1992 infolge der Progression des Einkommensteuertarifs sowie der Erhöhung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung zunehmen. Dies wird nur teilweise dadurch ausgeglichen, daß zu Beginn des Jahres 1992 der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt gesenkt wird und die Kinderfreibeträge deutlich steigen. Im zweiten Halbjahr werden die Haushalte dadurch entlastet, daß der Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer zur Jahresmitte entfällt. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird dann zusätzlich dadurch gestützt, daß der Preisanstieg etwas schwächer als in der ersten Jahreshälfte sein wird. Der private Verbrauch wird gegen Ende des kommenden Jahres ferner dadurch angeregt, daß die Haushalte wegen der für den 1. Januar 1993 geplanten Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt Ausgaben vorziehen. Das Expansionstempo des privaten Konsums wird sich daher nach schwachem Beginn im späteren Verlauf von 1992 beschleunigen; für das Jahr insgesamt wird die Zuwachsrate mit 1,5 vH verhalten sein.

Die zunächst noch kräftige Binnenkonjunktur und der hohe Auslastungsgrad der Sachkapazitäten beschleunigten 1991 vor allem den Import von Investitionsgütern, zum Teil wurden sie wohl auch zum Aufbau von Produktionsstätten nach Ostdeutschland weitergeliefert. Der Nachfragesog aus den neuen Bundesländern, der zum großen Teil über westdeutsche Importe aus dem Ausland befriedigt wird, spiegelte sich 1991 unter anderem in stark steigenden westdeutschen Einfuhren von Kraftfahrzeugen wider. Der Bezug von Ernährungsgütern, der 1990 mit der starken Nachfrage aus Ostdeutschland expandierte, wurde 1991 dagegen nicht mehr ausgeweitet. Mit der Abschwächung der Binnenkonjunktur im Verlauf des zweiten Halbjahres 1991 hat auch die westdeutsche Wareneinfuhr etwas an Schwung verloren. Für das gesamte Jahr 1991 wird sie aber um gut 14 vH über dem Vorjahresniveau liegen. Von der Abflachung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden wohl im nächsten Jahr zunächst spürbar bremsende Wirkungen auf die Einfuhren ausgehen. Da der Nachfragesog aus den neuen Bundesländern ebenfalls nachläßt, werden

auch die damit verbundenen Impulse für die westdeutsche Einfuhr geringer. Erst mit der allmählichen Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im Verlauf von 1992 ist mit erneut anziehenden Importen zu rechnen. Der reale Warenimport Westdeutschlands dürfte im nächsten Jahr um nur etwa 3 vH gegenüber dem laufenden Jahr zunehmen. Berücksichtigt man die 1992 weiter steigenden Einkommen der Pendler aus der ehemaligen DDR, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Dienstleistungsimport Westdeutschlands erfaßt werden, so wird der Import in dieser Abgrenzung real um etwa 5 vH steigen.

Insgesamt ist für den Verlauf des kommenden Jahres wieder mit einer allmählichen Belebung der Konjunktur zu rechnen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1992 wegen des Unterhangs zu Jahresbeginn das Vorjahresniveau gleichwohl nur um rund 1,5 vH übertreffen; 1991 beträgt der Zuwachs noch rund 3 vH. Mit der spürbaren Abkühlung der Konjunktur wird auch die bislang sehr ausgeprägte Beschäftigungsausweitung zum Stillstand kommen. Das Angebot an Arbeitskräften nimmt weiterhin – wenn auch abgeschwächt – zu. Die Arbeitslosigkeit wird 1992 erstmals seit 1988 wieder steigen.

Die Konsumentenpreise werden im ersten Quartal 1992 trotz der Konjunkturabschwächung ihren Vorjahresstand um 4,5–5 vH übertreffen. Dies beruht jedoch weitgehend auf Sondereffekten, so waren die Ölpreise zu Beginn des Jahres 1991 spürbar gesunken. Zudem werden die Rundfunkgebühren und die Tabaksteuer erhöht. In der zweiten Jahreshälfte von 1992, wenn die preissteigernden Wirkungen des Steuerpakets 1991 abklingen, wird sich die Anstiegsrate der Konsumentenpreise im Vorjahresvergleich auf eine Rate von reichlich 3 vH zurückbilden.

Summary

Federal Republic of Germany: Progress of Structural Adjustments in the East – Economic Slowdown in the West

In the second half of 1991 the economic gap between the new and the old federal states did no longer increase. In eastern Germany overall production, which had severely declined in the wake of the Economic and Monetary Union, picked up slightly. Since spring 1991, production in manufacturing has stabilized, and it has expanded noticeably in construction as well as in parts of the service sector. In the labour market, too, the situation seems to have stabilized. The increase in unemployment, which had accelerated perceptibly in the middle of the year to account for about 1 million persons, came to a halt thereafter, and the number of short-time workers even declined from about 2 million in early summer to 1.1 million in autumn. These developments, however, reflect the massive use of labour market policies conserving many jobs. Consumer prices in the new federal states rose strongly in 1991 as subsidies for energy, transport and rents were reduced markedly.

In western Germany the economic expansion flattened in the course of 1991. Overall production, which still increased at about 4 p.c. in the first half of the year, slightly declined in the third quarter and is estimated to stagnate in the fourth quarter. In the first half of 1991, the dampening effects of weak economic activity abroad and of high interest rates were more than compensated by buoyant demand from the new federal states. Meanwhile, the increase in demand from eastern Germany has slackened noticeably. Moreover, consumption and investment in western Germany were additionally subdued by the rise of tax rates and social security duties in the middle of 1991. Although, since summer 1991 demand from abroad increased somewhat with the slight recovery of economic activity in important trading partner countries, capacity utilization in western Germany declined distinctly.

The expansion of employment mitigated since autumn, the number of unemployed does no longer decline and the number of short-time workers increases. The rise of consumer prices accelerated since the middle of the year; at the end of 1991 they exceeded their pre-year-level by about 4 p.c.

One and a half years after the start of the German Economic and Monetary Union the building up of new economic structures in eastern Germany has made significant advances. Privatization has been enforced, and many people in the new federal states have become self-employed. Comprehensive investment into the infrastructure has been started and important bottlenecks in the telecommunication and transport systems have been removed already. Eastern German consumers have shifted demand back to domestic products contributing to the stabilization of production in the new federal states.

For these reasons we expect the propensity to invest in eastern Germany to increase next year and the economic expansion to gain momentum. Gross Domestic Product is estimated to grow at a rate of 9 p.c. However, the number of employed will continue to decrease until summer 1992. Substantial lay offs have to be expected for the end of 1991. The number of registered unemployed will rise to 1.2 million in the course of the first half of next year. With the strengthening of economic expansion, conditions in the labour market will gradually improve in the second half of 1992. Because of cuts in public subsidies and increases of administered prices, consumer prices will rise more swiftly in the new than in the old federal states in 1991 and – though less markedly – in the following year.

While economic expansion in western Germany will remain weak for the time being, we expect improved business prospects for the later course of next year. Stimulating impacts will mainly result from stronger economic growth in the rest of the world. Domestic demand will hardly increase, but different to the second half of 1991 it will not be additionally dampened. Monetary policy is expected to continue to increase the money stock in line with potential output growth, and fiscal policy will remain largely neutral in the course of 1992. The solidarity-surcharge to the income tax ends in the middle of 1992, so that private disposable income will expand in the second half of 1992.

Altogether, economic activity will gradually recover in the course of next year. Yet, the growth rate of real Gross National Product will be only 1.5 p.c., due to the stagnation of economic activity in the second half of 1991, following a growth rate of roughly 3 p.c. in 1991. With the downturn of the economy the number of employed is increasing significantly less, and unemployment will rise in 1992 for the first time since 1988. In spite of the economic slowdown consumer prices will exceed the pre-year level by 4.5 to 5 p.c. in the first quarter of 1992. In the second half of 1992, the increase will be reduced to 3 p.c., as the effects of the tax increases in mid-1991 fade away.